

## Poullain-Affäre . . .

Fortsetzung von Seite 8

Zentralfigur dieser zweiten öffentlichen Zeugenvernehmung war der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Hoffmann. Von Anfang an habe er einen Beamtenstatus des Ex-Bankchefs verneint, ebenso Nebentätigkeiten entsprechend dem Anstellungsvertrag Poullain für zulässig gehalten.

Hoffmann war in der damaligen Situation davon überzeugt gewesen, so jetzt vor dem Ausschuß, daß Poullain wegen des Beratervertrages keine Gefahr drohe. „Seien Sie unbesorgt“, habe ihm Poullain gesagt. Aus dieser „Wunschantwort“ habe er geschlossen: „Dies ist eine Sache, die im Sande verläuft.“ Auch sei er, Hoffmann, von dem Grundsatz ausgegangen: „Der Poullain macht so etwas nicht.“ Deshalb habe er auch Halstenberg in dem Sinne informiert, daß es nur um „einen vagen Verdacht“ gehe. Im übrigen sei zuerst nur davon die Rede gewesen, daß in Süddeutschland eine Poullain-Quittung über einen sechststelligen Betrag aufgetaucht sei. Von der Million habe er erst am 22. Dezember, dem Tag, an dem Poullain freiwillig seinen Rücktritt anbot, erfahren. Daß es sich um einen Beratervertrag handelt, habe ihm Poullain am 9. November selbst gesagt mit dem Zusatz: „Die Sache ist in Ordnung, dafür habe ich sehr viel Arbeit geleistet.“

### „Niemand intervenierte gegen die Wiederwahl“

Die bisher bekannte Version Halstenbergs, er habe in einem Dreiergespräch mit Hoffmann und Poullain am 14. November signalisiert, ob man die für den 2. Dezember datierte Wiederwahl des Bankchefs verschieben sollte, bestritt Hoffmann für seine Person. „Ich kann diese Äußerung nicht für mich bestätigen.“ Wenn Halstenberg einen solchen Vorschlag gemacht habe, dann könne das nur gegenüber Poullain gewesen sein. Außerdem habe er keine Hinderungsgründe gesehen, die Wiederwahl nicht wie vorgesehen stattfinden zu lassen. Am 2. Dezember sei dann Poullain mit 23 Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen bestätigt worden, ohne daß ein Mitglied des Verwaltungsrats gegen die Wiederwahl interveniert hätte.

### „Keine Geschäftsgrundlagenklausel expressis verbis“

Zu der vom Präsidialausschuß der WestLB ausgehandelten Abfindungsvereinbarung mit Poullain vom 23. Dezember stellte Hoffmann fest, der Vertrag enthalte „expressis verbis“ keine Geschäftsgrundlagenklausel. Die Gewährträger der Landesbank seien davon ausgegangen, daß der Beratervertrag „alles wäre, was es strafrechtlich zu klären gab“. Poullains Täuschungshandlungen gegenüber seinen Vorstandskollegen seien damals nicht bekannt gewesen. Anschließend hätten die bankinternen Untersuchungen zum Kreditengament für Schmidt zu der späteren fristlosen Kündigung Poullains geführt. Dazu Hoffmann: „Es war nicht das normale Verhalten in dieser Bank, das zu diesen bestürzenden Tatbeständen geführt hat.“

## Porträt der Woche



Theo Heimes (SPD)

Ein Unternehmer in der SPD, Landtagsabgeordneter gar – das gilt weithin noch als verwegene Vorstellung. Theo Heimes (54) aus Lennestadt hat sie verwirklicht. Im zweiten Anlauf (nach 1966), diesmal über einen günstigeren Platz auf der Reserveliste; denn der Wahlkreis 130 Olpe ist fest in der Hand der CDU. Immerhin hat Heimes 1975 „ein Prozent zugelegt“ in jenem Teil des Sauerlandes, der für die SPD einer Diaspora gleichkommt. (SPD: 28,2 Prozent, CDU: 68,5 Prozent.) Das alles focht Heimes nie an; mit der ihm eigenen Zähigkeit ist er seinen Weg gegangen, bis hinauf in den SPD-Parteirat, dem er seit 1976 auf Vorschlag des Bezirkes Westliches Westfalen angehört.

1949 begann die politische Laufbahn des gelernten Maurers. In jenen Nachkriegsjahren, als der Mörtel noch auf der Schulter zur Baustelle getragen wurde, begab er sich nach knochenharter Tagesarbeit als Zuhörer in die Ratssitzungen im heimischen Saalhausen. „Anschließend wurde diskutiert und kritisiert.“ 1952 Eintritt in die SPD. Bei den Kommunalwahlen im selben Jahr hieß es dann: „Theo, du hast immer soviel gemekelt; jetzt zeig mal, was du kannst!“ Die Folgen: Mitglied des Gemeinderats Saalhausen (bis 1969), 1956/60 und 1964/66 stellvertretender Bürgermeister, seit 1960 Mitglied des Kreistags Olpe, seit 1972 dort Fraktionsvorsitzender. Nach der kommunalen Neugliederung Mitglied des Stadtrates und erster stellvertretender Bürgermeister von Lennestadt, jetzt zweiter stellvertretender Landrat im Kreis Olpe und seit 1975 Mitglied des Bezirksplanungsrats beim Regierungspräsidenten zu Arnsberg.

Im vergangenen Jahr legte Heimes sein Ratsmandat nieder; denn aus dem Bauführer und Polier der fünfziger Jahre war nicht nur ein Maurermeister geworden, sondern 1961 auch ein selbständiger Bauunternehmer. Da es nun nicht mehr Aufträge regnet wie in den Boom-Jahren, möchte Heimes sich „auch mal an Ausschreibungen beteiligen. Ein Amt im Rat und Aufträge für die eigene Firma – das muß man auseinanderhalten.“ Einen Betriebsrat im 60 bis 70 Mitarbeiter zählenden Unternehmen hatte er „lange bevor das gesetzlich vorgeschrieben wurde. Das ist sinnvoll; wir kommen gut

miteinander aus.“ Das Mandat in Düsseldorf „macht trotz vieler Arbeit Freude, zumal man schon mal helfen kann . . .“ Dies ist vorrangig auf seine Tätigkeit im Petitions-Ausschuß gemünzt, wo der gestandene Kommunalpolitiker und Bauexperte inzwischen fast 200 Eingaben „vor Ort“ erledigen half. Da ist sein Herz für den kleinen Mann, den der Schuh drückt, ebenso angesprochen wie sein Sachverstand – jede dritte Petition betrifft das Bauen im weitesten Sinne, zumal die Bürger recht umweltbewußt geworden sind.

Hobbys? Keine. Frau, vier Töchter (beide Söhne sind verstorben) und sieben Enkel füllen die freie Zeit gut aus. Und die Arbeit für den Fremdenverkehr. Hier ist Heimes, dessen Vorfahren seit fast 500 Jahren „in dieser Kante“ ansässig waren, als Vorstandsmitglied des Kreisverkehrsverbandes Südsauerland besonders aktiv – „Fremdenverkehr ist für diesen Raum eine Lebensnotwendigkeit“. Dazu gehören Anlagen und Einrichtungen, für die er sich unermüdet einsetzt. Eines seiner Erfolgserlebnisse: Saalhausen wurde im Dezember 1973 erster anerkannter Luftkurort im Kreis Olpe.

Theo Heimes lebt vor, was er denkt: „Das Handwerk, der Mittelstand muß weit mehr in den politischen Gremien vertreten sein und nicht nur klagen, daß es nicht so ist, wie man es möchte.“ Sein Mandat bringt „keine finanziellen Vorteile. Als Selbständiger muß man für seinen Betrieb einen Chef-Ersatz anheuern und – so man ihn findet – sehr gut bezahlen.“ Wohl einer der Gründe, warum Selbständige in den Parlamenten so spärlich vertreten sind.

Hans Krieger